

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Deputos und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, freit in's Haus 2 Mark.

Inserationsgebühr

die 5gesparte Bettzelle oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34
Heinrich Reg, Kupferstrasse.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Adye. Graudenz: Der "Gesellige". Lautenburg: M. Jung. Golln: Stadtkämmerer Auster.

Expedition: Brückenstr. 34, part. Nebaktion: Brückenstr. 34, I. Et. Fernsprech-Aufschluß Nr. 46.

Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Moosse, Invalidenbank, S. L. Daube u. Co. u. sämtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a/M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg etc.

Vom Reichstage.

42. Sitzung am 17. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Bronsart v. Schellendorf u. A.

Die Beratung des Militärateats wird fortgesetzt, nachdem Präsident v. Buol den Abg. Stadhagen wegen des am Sonnabend gebrauchten Ausdrucks "Theaterfigur" für den Kriegsminister nachträglich zur Ordnung gerufen hat.

Bei dem Kapitel Militär-Geistlichkeit richtet

Abg. Lingen (Str.) eine Reihe von Fragen an den Minister bezüglich der Seelsorge für die katholischen Soldaten. Weiter erörte er Auskunft, ob evangelische Militärpersonen, welche ihre Kinder katholisch taufen lassen, Nachteile in Bezug auf ihre Beförderung erleiden.

Generalleutnant v. Spiz: Die konfessionelle Parität wird gewahrt. Zur Kirche geführt werden die Soldaten alle 4 Wochen, außerdem steht ihnen an jedem Sonn- und Feiertag der Kirchenbesuch frei. Die Frage wegen der Mütterchen müsse Redner verneinen.

Bei Kapitel Gelbverpflegung bemerkt

Abg. Richter: Es will mir doch nicht angehen erscheinen, daß der Oberst des 76. hanseatischen Infanterie-Regiments direkt 3000 Mark Wohnungsgeldauswurf von Hamburg erhält.

Kriegsminister v. Bronsart: Die Sache hängt, soweit ich weiß, so zusammen, daß Hamburg sich bei der Militärikonvention zur Stellung einer Dienstwohnung verpflichtet hat, die sie jetzt mit 3000 Mark honoriert.

Abg. Richter hält es auch in diesem Falle für besser, diesen Posten auf den Reichssetat zu benehmen und aus diesem zu bezahlen.

Abg. v. Tzarlini beschwert sich darüber, daß ein Hauptmann in Bromberg seine Leute polnischer Nationalität als polnische Hunde bezeichne.

Minister v. Bronsart sagt Untersuchung der Sache zu.

Bei dem Titel "Dienstprämien für Unteroffiziere" weist

Abg. Galle (frs. Vp.) auf die starken Staatsüberreichtungen bei diesem Titel in den letzten Jahren hin.

Major Wachs erklärt, daß die Überschreitungen diesmal wesentlich geringer sein dürften.

Bei dem Titel "Gelbverpflegung" erinnert

Abg. v. Gültlingen (freikons.) an die vorjährige Revolution betr. warmes Abendbrot für die Soldaten. Er glaubt, daß die Finanzlage wohl gestatte, dieser Resolution zu entsprechen, und er beantragt daher, die Regierung zu ersuchen, zu jenem Behuf Mittel in den Staat einzustellen.

Generalmajor v. Gemmingen wird bei Gewährung der erforderlichen Mittel der Reichsregierung gern ein Nähertreten für die Sache empfehlen.

Abg. v. Gültlingen zieht dann seinen Antrag zurück zu Gunsten eines von dem

Abg. Groeber eingereichten Antrags: für Versuche eine Summe in den nächsten Staat einzustellen.

Abg. v. Frege schließt sich dem Antrag Gröber an und empfiehlt eventuell eine Junggesellensteuer. Die Abg. Hammacher (nl.), Richter (frs. Vp.) und Bebel (soz.d.) sprechen sich für den Antrag Gröber aus.

Beim Kapitel Bekleidungswesen kommt

Abg. Bebel auf den Gerberel-Ring zu sprechen. Es empfiehlt sich, von dem jeweiligen Monopol des Rings zu dem alten Verfahren, dem Einkauf zurückzukehren.

Generalmajor v. Gemmingen hebt hervor, daß eine Überteuerung durch die Gerbervereinigung nicht stattgefunden habe. Der Gewerbevereinigung gehörten nicht weniger als 285 Firmen an, man könne also nicht von einem Monopol sprechen.

Abg. Richter (frs. Vp.) bemerkt, daß ihm aus Interessenkreisen die Bildung eines Leberfabrikantenringes bestätigt worden sei.

Abg. Hammacher (natlib.) hält das jetzige System für ganz zweckmäßig.

Zu dem Titel "Vorspann- und Transportkosten" wird auf Antrag

v. Bodenbachi eine Resolution beschlossen, wonach die Vorspann-Bergungssätze künftig so hoch zu bemessen seien, daß dadurch der Vorspann durch Ermietung ermöglicht werde.

Hierauf tritt Beratung ein. Nächste Sitzung Dienstag: Schwerinstag. Anträge Auer und Auer betr. Vereinsrecht, dann Anträge gegen den Impfzwang.

Vom Landtage.

Hans der Abgeordneten.

21. Sitzung vom 17. Februar.

Am Ministertheater: Minister Thielen und Kommissar.

Auf dem Platz des Präsidenten, dessen Geburtstag heute ist, prangt ein Blumenarrangement.

Der Bauhof steht zur Spezialberatung. Berichterstatter der Budgetkommission ist Abg. v. Liedemann-Bomst.

Bei dem Einnahmetitel "Brückenschr. und Hafengelder, Strom- und Kanalgebühren 3 300 000 Mark" ist eine Mehreinnahme von 100 000 Mark eingestellt, die in der erwähnten Summe enthalten ist.

Abg. Gotthein (frs. Vp.) dankt der Regierung für das mahvolle Vorgehen in der Erhöhung der Kanal- und Stromabgaben; er bittet, namentlich das Prinzip aufzugeben, daß bei niedrigem Wasserstande die Gebühren erhöht werden; das mache den Schifferverkehr unrentabel. Wenn eine allgemeine Stromabgabe eingeführt werden sollte, dann müsse sie jedenfalls niedriger sein, als die Kanalabgabe.

Abg. Schmieding (nl.) führt aus, die jegliche Systemlosigkeit in den Strom- und Kanalabgaben abzugeben werden; Bedenken gegenüber der Reichsverfassung habe er nicht, denn tatsächlich seien Schiffsverkehrsgebühren nur auf den Stromen eingeführt, so z. B. auf der unteren Weser.

Abg. v. Pappenheim (konf.): Es sei nicht durchführbar, daß in allen Stromen die gleiche Abgabe erhoben werde, diese müsse sich richten nach der Höhe der Aufwendungen, die für den Strom gemacht werden seien. Bei der Abmessung der Abgabe könne nicht blos das Interesse des einheimischen Verkehrs in Betracht kommen, es müsse auch der Import vom Auslande in Betracht gezogen und demselben nötigenfalls entgegengewirkt werden. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Bueck (nl.) meint, es wäre sehr zu beklagen, wenn die natürlichen Wasserstraßen ebenfalls mit Abgaben belastet würden.

Reg.-Kommissar. Ministerialdirektor Schulz betont, man möge über die Erträge der Kanalgebühren die Monographie abwarten, die er darüber veröffentlicht werden werde.

Abg. Stössel (Str.) wünscht Aufhebung des Brückenzolles auf der Brücke zwischen Koblenz und Ehrenbreitstein, worauf

Minister Thiele hält es für ungünstiger zu behandeln, als andere. Ein Antrag Stössel, die bezügliche Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wird abgelehnt.

Abg. Haussmann (vgl.): In verschiedenen Gemeinden in Hannover und Posen sollen Baupolizeigebühren eingeführt werden, die eine große Belastigung für die Gemeinden bilden werden. So lange die Höhe der Gebühren nicht genau feststeht, möge das Hans die Einnahmeposition "Baupolizeigebühren 300 000 Mark" streichen. — Vom Regierungsrat wird bemerkt, daß die Gebühren sich auf 1 Pf. für den Kubikmeter Mauerwerk stellen werden, also im Verhältnis zu den Baukosten verschwindend gering sein werden. — Auf Bedenken, welche von den Abg. Sattler (nl.), Wallbrecht (nl.) und Dr. Gerlich (frs. Vp.) vorgebracht werden, erwidert

Minister Thiele, daß alle Bedenken gegen unausweichliche Handhabung der Baupolizei unbegründet seien.

Nach weiterer Debatte wird die Position an die Budgetkommission zurückverwiesen. Damit ist das Einnahmekapitel erledigt.

Bei der "Nationalzg." veröffentlicht der Kronpräident von Schaumburg-Lippe, Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld eine längere Erklärung, in der er behauptet, von "Gottes und Rechts wegen" der berufene Regent und dem nachstige Thronfolger in Lippe zu sein. Er bedauert, daß der Bundesrat den im Einverständnis mit der Volksvertretung von Schaumburg-Lippe gestellten Antrag auf Berufung des Reichsgerichts zur Entscheidung des Thronfolgestreits abgelehnt hat, erklärt sich aber auch bereit, das von dem Reichskanzler angeregte Schiedsgericht anzunehmen. Er sei entschlossen, jedes Urteil eines unabhängigen, nur dem Gesetz unterworfenen deutschen Gerichtshofs, es falle, wie es wolle, als eine Entscheidung aus Gottes Hand, hinzunehmen.

Bei der "Nationalzg." veröffentlicht der Kronpräident von Schaumburg-Lippe gestellten Antrag auf Berufung des Reichsgerichts zur Entscheidung des Thronfolgestreits abgelehnt hat, erklärt sich aber auch bereit, das von dem Reichskanzler angeregte Schiedsgericht anzunehmen. Er sei entschlossen, jedes Urteil eines unabhängigen, nur dem Gesetz unterworfenen deutschen Gerichtshofs, es falle, wie es wolle, als eine Entscheidung aus Gottes Hand, hinzunehmen.

Die Erwartung, daß die Umarbeitung des vor einiger Zeit bekannt gewordenen Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Kunstdünger, Kraftfuttermitteln und Saatgut zur Beseitigung der schreinenden Härten des Entwurfs führen werde, ist getäuscht worden. Das einzige Zugeständnis besteht darin, daß, "wenn besondere Umstände dies erfordern", neben den Gutachten der vom Bundesrat zur Begutachtung über den Gehalt und die Beschaffenheit der Waare bestimmten Anstalten noch andere Gutachten im Strafverfahren und in bürgerlichen Streitigkeiten eingeholt werden können. Dagegen sind die Strafbestimmungen noch vielfach erweitert und verschärft worden. Unter diesen Umständen hat der Verein deutscher Großhändler in Dünger und Kraftfuttermitteln seine Mitglieder zum 24. Februar zu einer Versammlung nach Berlin berufen, um Stellung zu dem Entwurf zu nehmen.

Reichskämpler Fürst Hohenlohe hat sich zur Beiseitung seines Bruders nach Wien begeben und gebietet am Donnerstag wieder in Berlin einzutreffen.

Staatssekretär Stephan tritt in den nächsten Tagen eine Urlaubsreise nach Italien an.

Der Kardinal Fürstbischof Kopp begab sich am Sonntag zu einem auf vier Wochen berechneten Aufenthalt nach Rom. In seinem Gefolge befinden sich der Geheimsekretär Dr. Steinmann und der Geistliche Rat Dr. Jungnick. Mit dieser Reise

erfüllt der Kardinal einen wiederholt, zuerst, wie die Schles. Ztg. hört, durch Kaiser Wilhelm II. bei dessen letzter Anwesenheit in Breslau ihm kundgegebenen persönlichen Wunsch des Papstes.

Der Bundesrat wird am Donnerstag nach der "Nordb. Allg. Ztg." die 25jährige Wiederkehr des Tages, an welchem der Bundesrat seine erste Sitzung hielt, durch ein Festmahl begehen.

Die "Post" hat einen langen Bericht über eine Sitzung des Reichstagsvorstandes veröffentlicht, welche gar nicht stattgefunden hat. Es handelt sich nur um eine Besprechung des Präsidiums. Selbstverständlich kann der Vorstand allein keine Beschlüsse über die Reihenfolge fassen, in der die Vorlagen beraten werden sollen.

Der Entwurf des neuen preußischen Eisenbahngarantiegesetzes hat, wie die "Post" hört, jetzt die Zustimmung sämtlicher Minister gefunden. Er dürfte bereits in der allernächsten Zeit dem Abgeordnetenhaus zugehen. Nach der "Post" bestimmt der Entwurf, der nur wenige Paragraphen zählt, eine Verstärkung der obligatorischen Schuldentlastung und die Schaffung von Reserven, die gegenüber den schwankenden Überschüssen der Eisenbahnverwaltung ein Ausgleichsmittel zwischen den guten und schlechten Jahren ermöglichen.

Anknüpfend an das von der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch aufgestellte Programm für die Erledigung ihrer Arbeit schreibt die "N. A. Z.", daß nun mehr auch die Hoffnung berechtigt sei, daß die Kommission ihre Arbeiten so rechtzeitig abschließen, um die Erledigung im Plenum zu ermöglichen.

In der "Nationalzg." veröffentlicht der Kronpräident von Schaumburg-Lippe, Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld eine längere Erklärung, in der er behauptet, von "Gottes und Rechts wegen" der berufene Regent und dem nachstige Thronfolger in Lippe zu sein. Er bedauert, daß der Bundesrat den im Einverständnis mit der Volksvertretung von Schaumburg-Lippe gestellten Antrag auf Berufung des Reichsgerichts zur Entscheidung des Thronfolgestreits abgelehnt hat, erklärt sich aber auch bereit, das von dem Reichskanzler angeregte Schiedsgericht anzunehmen. Er sei entschlossen, jedes Urteil eines unabhängigen, nur dem Gesetz unterworfenen deutschen Gerichtshofs, es falle, wie es wolle, als eine Entscheidung aus Gottes Hand, hinzunehmen.

Die Erwartung, daß die Umarbeitung des vor einiger Zeit bekannt gewordenen Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Kunstdünger, Kraftfuttermitteln und Saatgut zur Beseitigung der schreinenden Härten des Entwurfs führen werde, ist getäuscht worden. Das einzige Zugeständnis besteht darin, daß, "wenn besondere Umstände dies erfordern", neben den Gutachten der vom Bundesrat zur Begutachtung über den Gehalt und die Beschaffenheit der Waare bestimmten Anstalten noch andere Gutachten im Strafverfahren und in bürgerlichen Streitigkeiten eingeholt werden können. Dagegen sind die Strafbestimmungen noch vielfach erweitert und verschärft worden. Unter diesen Umständen hat der Verein deutscher Großhändler in Dünger und Kraftfuttermitteln seine Mitglieder zum 24. Februar zu einer Versammlung nach Berlin berufen, um Stellung zu dem Entwurf zu nehmen.

Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch hat in der geistigen ersten Sitzung mit der Beratung des allgemeinen Teils begonnen. Von dem Personenrecht wurden die Bestimmungen über

die natürlichen Personen (Tit. I §§ 1—20) ohne Änderung angenommen. Ein Antrag Gröber zu § 1: "Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt," wurde mit großer Mehrheit, zu der auch Mitglieder des Zentrums gehörten, abgelehnt. Die Bestimmung in § 6, wonach in

Zukunft auch Entmündigung wegen Trunksucht zulässig sein soll, wurde von den Sozialdemokraten Frohme und Stadhagen bekämpft unter dem Vorwande, daß die Vorchrift missbraucht werden könnte, Arbeiter politisch rechlos zu machen.

Der Antrag, die Bestimmung zu streichen, wurde abgelehnt, dagegen eine Resolution Gröber betr. die Reform der Entmündigung im Sinne eines besseren Rechtsschutzes, nachdem Staatssekretär Nieberding erklärt hatte, die Regierungen seien einstimmig für die Notwendigkeit dieser Reform, angenommen.

Die Beratung des II. Titels §§ 1 bis 85 betr. juristische Personen wurde ausgelegt, da die hierin enthaltenen Bestimmungen über das Vereinsrecht erst später zur Beratung kommen sollen. Der zweite Abschnitt des allgemeinen Teils "Sachen" (§§ 86 bis 99) wurde ebenfalls unverändert angenommen. Von dem ersten Titel des III. Abschnitts "Geschäftsfähigkeit" wurden gestern nur noch die beiden ersten Paragraphen erledigt.

Die Konservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen und das Zentrum haben sich über die Erinnerungsfeier an die erste Reichstagsitzung am 21. März 1871, welche gleichzeitig die Feier der Gründung des Reiches durch das Parlament darstellen soll, geeinigt. Das Zustandekommen der Feier ist demnach gesichert. Das Fest findet am 21. März im Reichstagsgebäude statt.

Die Landwirtschaftliche Woche hat am Montag in Berlin ihren Anfang genommen. Zunächst hielt der Verein zur Förderung der Moorwirtschaft im Deutschen Reich seine Generalversammlung ab. Der Kongress der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft begann mit den Sitzungen seiner Ausschüsse. Am Dienstag hält sodann der Bund der Landwirte seine Generalversammlung im Birkus Busch ab. Es folgen noch weitere Versammlungen, bei denen in der Regel immer dieselben Herren, nur unter anderer Firma, die gleichen agrarischen Ideen entwickeln.

Der Parteiitag der christlich-sozialen Partei findet am 26. Februar in Frankfurt a/M. statt. Auf der Tagesordnung steht die Stellung der Partei gegenüber den anderen Parteien und gegenüber der jüngeren christlich-sozialen Richtung, Organisationsfragen, Agitation und Agitationsmittel.

Auf die Tagesordnung der am 7. und 8. März in Köslin stattfindenden Wanderversammlung des Wahlvereins der Liberalen ist nachträglich noch die Vertretung des Kleingrundbesitzes im Kreistage gestellt worden. Referenten sind die Herren C. Thomas-Wüstenbilow und C. Boedt-Treplin.

Über die Verteilung des Einkommens in Preußen im Jahr 1895/96 ergibt sich aus der jetzt veröffentlichten Übersicht der Ergebnisse der Veranlagung zur Einkommensteuer für das Jahr 1895/96, daß in den Städten die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung (über 900 Mk. Einkommen) 37,35 p.Ct., auf dem Lande 23,52 p.Ct., insgesamt 29,11 p.Ct. beträgt. Es ist aber hierbei herzoverzubeben, daß der Gelbwert auf dem Lande ein höherer ist und in Folge dessen dort solche Bevölkerungsklassen steuerfrei bleiben, die bei derselben oder bei geringerer Lebenshaltung in vielen Städten einkommensteuerpflichtig sind. Von den 37,35 p.Ct., der einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung in den Städten haben 30,90 ein Einkommen von 900—3000 Mark, 4,17 ein solches von 3000—6000, 1,18 ein solches von 6000—9500, 0,91 ein solches von 9500—30 500, 0,17 ein solches von 30 500 bis 100 000 und 0,03 ein Einkommen von über 100 000 Mk. Auf dem platt-n Land

wo sie nirgends 20 p.C. der Gesamtbevölkerung erreichte. Abgesehen von Berlin, überschreiten in den sieben östlichen Provinzen nur die Bezirke Magdeburg und Potsdam den Satz von 30; im Westen bleiben nur wenige Bezirke dahinter zurück, am meisten Osnabrück mit 24,54. Am höchsten steht Arnsberg mit 49,10 p.C.

Der Ausschuss des Ostpreußischen konservativen Vereins hielt am Sonntag in Königsberg eine Sitzung ab, in welcher einstimmig beschlossen wurde, den Vorschlägen des Elferausschusses der Parteileitung (in Sachsen Stöder) zuzustimmen.

Unter ungeheurem Fremdenandrang entwickelte sich gestern Nachmittag in Köln bei herrlichstem Wetter beim Umzug des Rosenmontagszuges ein karnevalistisches Leben, wie Köln es seit Jahren nicht mehr gesehen. Die Prinzen Heinrich und Joachim, die Söhne des Prinzen Albrecht von Preußen, nahmen den Zug in Augenschein, dessen Idee, die Gründung einer neuen Zeitung, auf das Brächtvolle durchgeführt worden.

Zum Berliner Schneidersstreit haben am Sonntag eine große Zahl von Versammlungen stattgefunden. Unter den Arbeitnehmern hat jetzt die Sozialdemokratie öffentlich die Führung der Agitation übernommen und fünf Versammlungen veranstaltet, in denen die Reichstagsabg. Schönlank, Schmidt-Magdeburg, Fischer und Wurm sprachen. Dieselben warnten zunächst die Streikenden, an eine Arbeitsfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien zu glauben, wie solche in der Reichstagsitzung am vorigen Mittwoch zum Ausdruck gelangt sei. Reichstagsdebatten brachten überhaupt keinen Nutzen. Die Arbeitnehmer sollten einzeln und allein den Beschlüsse der Fünfer-Kommission folgen. Zugleich wurden Versprechungen gemacht, aus den Eingängen von Beiträgen Unterstützungen zu gewähren. Dabei wurde angeführt, daß bis Sonntag 14 000 Streikarten ausgegeben sind und 20–30 000 Personen streiken. Resolutionen wurden nicht gefaßt. — Die Arbeitgeber tagten in besonderen Versammlungen einerseits der Damen- und Kinder-Konfektionsbranche, andererseits der Herren- und Knaben-Bekleidungsbranche. In der Damen- und Kinder-Konfektionsbranche waren etwa 300 Vertreter unter Vorsitz des Herrn Ferdinand Monheimer im Brandenburger Hause versammelt. Die Neigung zu einer angemessenen Lohn erhöhung gab sich kund, aber über die Form der Gewährung wurde eine Einigung nicht erzielt. Während von der einen Seite eine Erhöhung der Löhne als vertraglich mit dem Exportgeschäft bezeichnet wurde, widersprachen andere Redner dieser Behauptung unter dem Hinweis auf die Konkurrenz Englands. Eine Resolution soll erst noch definitiv ausgearbeitet werden. Dieselbe wird der Gegenheit der Kaufleute, Lohnerhöhungen zu bewilligen, Ausdruck geben; sie wird protestieren gegen die Angriffe, die seitens der Arbeitnehmer, seitens des Parlaments und der Presse gegen die Firmen der Branche gerichtet worden sind; sie wird endlich dem Bedauern Ausdruck geben, daß Arbeiterinnen, die in den Streik nicht eingetreten wünschen, bei Ableistung und Einholung ihrer Arbeit, ohne bei der Polizei Schutz zu finden, auf der Straße von den Streikenden insultiert werden könnten. Um größere Energie der Polizei zu Gunsten der nicht streikenden Arbeiterinnen soll die Kommission fernerhin beim Polizeipräsidium vorstellig werden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

In Wiener Abgeordnetentreffen verlautet, daß die gegenwärtige Parlamentssession, welche bis zum 13. Mai dauert, außer dem Budget hauptsächlich noch die Wahlreformvorlage zu erledigen haben werde. Sodann soll das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden. Die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn wird mit Rücksicht auf die schwierige Gestaltung der Verhandlungen den Beschlüssen des neuen Abgeordnetenhauses vorbehalten werden.

Italien.

Vom abessinischen Kriegsschauplatz erhielt die Regierung der "Fanfulla" zufolge Depeschen, wonach eine starke abessinische Kolonne die italienische Stellung in der Front angriff. Nach den ersten Kanonenbeschüssen zog sich jedoch der Feind zurück. Die Stimmung ist in Italien allgemein eine recht kriegerische. Die in Rom erscheinenden Blätter geben der Genugthuung über den Abbruch der Friedensverhandlungen mit dem Negus Menelik Ausdruck.

Frankreich.

Das Ministerium hat im Senat eine neue Niederlage erlitten. Die Mehrheit des Senats ist entschlossen, das nicht ganz korrekte Verhalten des Justizministers Ricard auszunützen, um das Kabinett zu stürzen. Der Senator Monis, der den Stein ins Rollen gebracht hatte, interpellte am Sonnabend von Neuem die Regierung über die Ersetzung des ersten mit der Untersuchung der Südbahn-Angelegenheit betrauten Richters Rempfer. Ministerpräsident Bourgeois ersuchte den Senat, aus dieser Angelegenheit der Justizverwaltung nicht einen politischen Alt zu machen. Voranger brachte

eine Tagesordnung ein, die am Dienstag angenommene Tagesordnung, durch welche wird, daß jene Unregelmäßigkeiten gekommen seien, zu bestätigen. Diese Tagesordnung wurde mit großer Majorität angenommen. Nun entsteht die Frage: Was wird das Ministerium nach dieser zweiten Niederlage thun. Die konservativen und sozialistischen Blätter weisen auf die Kammerauflösung als den einzigen Ausgang der Krise hin. Die radikalen Organe betonen die Notwendigkeit der Verfassungsdurchsicht, während die gemäßigten einer Kammerauflösung zustimmen, welche aber durch ein anderes Kabinett angenommen werden sollte. Das Kabinett fasste am Sonntag den Beschluß, nicht zu demissionieren. Es ist der Meinung, daß es nach dem letzten Votum der Kammer die Pflicht habe, die Politik weiter zu verfolgen, die ein Vertrauensvotum der Kammer erhalten habe.

Belgien.

Die Brüsseler Repräsentantenkammer nahm bei der Beratung der Tabakgesetzvorlage folgende Sätze für die Eingangssteuern an: Zu Zigaretten und Zigaretten verarbeitete Tabake für 100 Kilogramm 600 Frs., für in anderer Weise verarbeitete Tabake 120 Frs., für nicht verarbeitete Tabake für 100 Kilogramm ungerippte Tabake 75 Frs., für andere nicht verarbeitete Tabake einschließlich der Rippen 55 Frs. Außerdem bestimmte die Kammer die Erhebung einer Verbrauchssteuer von 20 Frs. für 100 Kilogramm nicht verarbeiteter ausländischer Tabake.

Bulgarien.

Die Sobranje wurde am Sonnabend durch den Fürsten Ferdinand mit einer Thronrede geschlossen, in welcher derselbe dem Volke und den Deputirten den Dank ausspricht für die Liebe und Hingabe, die ihm anlässlich des bedeutsamen Alters der Konversion des Prinzen Boris bezogen wurde. „Dank dem außerordentlichen Wohlwollen des Sultans, unseres Suzeräns,“ so heißt in der Thronrede, „wird die bisher unbestimmte internationale Stellung Bulgariens nunmehr festgestellt werden. Der bei den Großmächten zum Zweck der Anerkennung des gegenwärtigen Standes der Dinge in Bulgarien unternommene Schritt hat, wie bereits bekannt, eine günstige Aufnahme gefunden. Diese erfreuliche Lösung der internationalen Krisis, in welcher sich unser Staat seit vielen Jahren befanden, verbannt wir nicht minder dem besonderen Wohlwollen Seiner Majestät des Kaisers aller Neuhen Nikolaus für Bulgarien. Zum Schlusse seiner Rede wiederholte Prinz Ferdinand seinen Dank und wünschte den Deputirten eine glückliche Heimkehr.

Asien.

Auf Korea landeten in der Nacht zum 10. Februar 200 russische Marinesoldaten, um nach Söul zu marschieren. Der König von Korea verließ heimlich den Palast und bezog sich nach der russischen Gesandtschaft, von wo aus er die koreanischen Minister des Verrats schuldig erklärte. Zwei Minister wurden hingerichtet, die übrigen ergripen die Flucht. Ein antijapanisches Ministerium wurde ernannt. In Japan zeigte sich Erbitterung; ein Kabinettstat wurde abgehalten, an dem verschiedene Vertreter der Militärbehörden teilnahmen. Es heißt, der russische Gesandte habe dem Könige nur auf dessen Verlangen Schutz gewährt.

Afrika.

Der unabhängige Kongostaat hat mit der Gesellschaft des oberen Kongo ein Abkommen getroffen, durch welches der Staat die Flotte, welche der Kongogesellschaft gehört, in Pacht nimmt und den Inhabern von privilegierten Aktien seines Provinz Bisen garantirt. Der unabhängige Kongostaat übernimmt die Verpflichtung, in den Gegenden, in welchen die Gesellschaft einen Sitz hat, sein Eisenbahn und keinen Kaufschul mehr zu erwerben. Der belgische Finanzminister wird einen Kommissar als Vertreter des unabhängigen Kongostates bei der Gesellschaft ernennen.

Amerika.

Zwischen Chile und Argentinien ist nunmehr eine Vereinbarung zu Stande gekommen. Eine Reihe von Versprechungen zwischen dem Gesandten von Argentinien und dem chilenischen Minister des Auswärtigen führte zu einem Übereinkommen auf Grundlage der Erledigung der Grenzstreitigkeiten und der Abtretung des Gebietes von Puna de Atacama. Diese beiden Fragen werden nunmehr als endgültig beigelegt betrachtet.

Provinziales.

Culmsee, 17. Februar. Von einem bedauerlichen Unglücksfall wurde der Stellmacher Gaglin aus Nienau betroffen. Als er Holz aus dem Walde fuhr, stürzte er vom Wagen herunter und erlitt durch das Rad erhebliche Quetschungen an der Hand und den Fingern, so daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. — Als der Inspector R. in Dom. Steinau über das Feld ritt, scherte plötzlich das Pferd und warf den Reiter ab, welcher einen Bruch des rechten Schulterblatts erlitt.

Culmsee, 17. Februar. In Folge Überheizens des Ofens entstand am Montag Vormittag während des Unterrichts in der hiesigen Stadtschule ein Brand, der jedoch schon im Entstehen gelöscht wurde.

Marienwerder, 16. Februar. Ein Jubiläum eigener Art zu feiern ist die Hebamme Frau Steinberger hierfür, die, unberührt von dem Gediege aller sozialen Streitfragen, über schlechte Geschäfte zu klagen keine Ursache hat, in der Lage. Die Gerannte hat vorgestern das zweitausendste Kind in die Herrlichkeiten dieser Welt eingeschafft. Die Zahl der Geburten gewinnt dadurch an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die Geburshelferin fast ausschließlich in unserer noch nicht 10 000 Einwohner zählenden Stadt thätig ist und außerdem eine Anzahl Konkurrentinnen ihres Amtes walten. Nicht immer werden es fröhliche Ereignisse für die Eltern gewesen sein, so manche arge Enttäuschung bezüglich des Stammhalters und mancher Verzweiflungskummer über die hartnäckige Lust und Unmöglichkeit des Meisters Adelard dürfte mit untergegangen sein. Bei der großen Lustigkeit der Jubilarin heißt es noch immer: Fortbildung folgt!

Marienwerder, 17. Febr. Einen Steinfall unerhörter Art haben gestern diejenigen erlebt, welche gegen hohes Eintrittsgeld das Gastspiel des „weltbekannten urlohnischen Tom Bellings“, im neuen Schützenhause besuchten. Auf eine schwindelhafte Reise hin war das Haus fast bis auf den letzten Platz ausverkauft, zum größeren Teile gehörten die Besucher den besseren Gesellschaftskreisen an. Die Künstlerin des „Tom Bellings“, des Original-August vom Circus Renz, der vor Majestäten und Fürsten aufgetreten ist, entpuppte sich nämlich als eine der Jahrmarkte bereisende Gauler-Gesellschaft allermeistern Ranges. Die Gesellschaft hat bereits in Insterburg und Lyck Vorstellungen gegeben und besteht jetzt die Gefahr, daß sie auf ihren russisch-amerikanisch-englischen Touren noch andere Städte unserer Provinz heimsuchen wird.

Pelpin, 16. Februar. Der Agitation gegen das Zuckersteuergesetz hat sich jetzt auch der landwirtschaftliche Verein Rauden angelassen. Er hat die Absendung einer Gingabe an den Reichstag beschlossen, in der gebeten wird, gegen die Kontingentierung zu stimmen. Diese Gingabe ist sämtlichen landwirtschaftlichen Vereinen Westpreußens zugestellt mit der Bitte, sich ihr anzuschließen.

Elbing, 17. Februar. Im Kaisergarten fand gestern Nachmittag eine sozialdemokratische von Frauen und Männern stark besuchte Frauen-Versammlung statt, in welcher Fräulein Ottlie Baader-Berlin über die „politischen Rechte der Frauen, und die Ausbeutung der Frauen durch das Kapital“ sprach. Als Vertrauensperson für die so ins Leben gerufene sozialdemokratische Frauen-Bewegung wurde der Angeklagte vor dem Königlichen Amtsgerichte in Culm in dem Prozeß zwischen Biotrowski und der jetzt verehelichten Scienteinsti eidlich als Zeuge vernommen. Als solcher bekundete er, daß er sich nicht verpflichtet habe, seinem Sohne eine Mitgift von 3000 Mk. zu geben, weil er gegen die gleiche Verbindung seines Sohnes mit der jetzt verehelichten Scienteinsti gewesen sei. Er bekundete ferner, daß er die 900 bzw. 300 Mk. als Darlehen seinen Kindern vorgebracht habe. Dieses Zeugnis des Angeklagten soll unwahr und wesentlich falsch abgegeben sein. Angeklagter bestritt die Anklage.

Pr. Holland, 16. Februar. In dem Kirchdorf Blumenau werden seit dem vorigen Jahre jährlich drei Vieh- und Pferdemarkte abgehalten. Es scheint dies noch nicht genügend bekannt zu sein, was wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß diese Märkte in den Kalendern nicht verzeichnet stehen. In diesem Jahre finden die Märkte am 3. März, 5. Mai und 22. September statt.

Pr. Holland, 16. Februar. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde in Betreff der Wassernot unserer Stadt beschlossen, von der Westpreußischen Böhrgenossenschaft einen Leichter kommen zu lassen, der hier Bohrversuche zur Gewinnung von reichlichem Grundwasser vornehmen soll.

Tilsit, 14. Februar. Am Mittwoch hat hier selbst eine Versammlung von Nationalitäten stattgefunden, befaßt Beratung und Aufstellung einer Gingabe an den Kaiser um Anordnung auf Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen für die litauischen Kinder in ihrer Muttersprache und zur Wahl einer litauischen Abordnung nach Berlin zur Überbringung der Gingabe an den Kaiser. Es wurden sieben Herren zu diesem Zwecke erwählt, und zwar aus jedem der litauischen Kreise einer. Die Gingabe hat bereits etwa 30 000 Unterstrichen aufzuweisen, doch ist die Sammlung derselben noch nicht abgeschlossen. Die Abordnung soll zunächst im nächsten Monat nach Berlin abreisen und den Kultusminister persönlich um Beurkundung der Gingabe angehen. Es ist wohl der letzte Versuch der Nationalitäten, ihre Sprache und sonstigen Eigenheiten vor dem gänzlichen Aussterben zu retten.

Lokales.

Thorn, 18. Februar.

[Personalien.] Postassistent Biehm in Dirschau ist nach Thorn versetzt.

[Fernsprachanschluß.] Die Königliche Ober-Postdirektion ersucht diejenigen Personen, welche im Laufe dieses Jahres Anschluß an das Fernsprechnetz zu erlangen wünschen, ihre Anmeldung schleinigt zu bewirken.

[Provinzialausschuß.] Der Provinzialausschuß der Provinz Westpreußen tritt am Montag, den 2. März, im Landeshause in Danzig zu einer Sitzung zusammen, um über den Rest der Vorlagen für den Provinzial-Landtag und einige laufende Verwaltungs-Angelegenheiten Beschluß zu fassen.

[Provinzial-Turnfest.] Das diesjährige Kreis-Turnfest des die Provinzen Ost- und Westpreußen und den Neidenbaurt umfassenden Kreises Nordost der deutschen Turnerschaft wird Ende Juli in Tilsit stattfinden. Die Bildung eines Festausschusses ist dort bereits eingeleitet.

[Herr Ingenieur Daßel.] welcher von Anfang bis zur vollständigen Fertigstellung bei den hiesigen Kanalisations- und Wasserleitungsanlagen als Bauführer und als Tiefbau-Ingenieur thätig gewesen ist, wird zum 1. März die ihm von der Stadt Liegnitz übertragene hiesige Ingenieurstelle für die dort neu anzulegende Wasserleitung-Anlage übernehmen.

[Gewerbe-Ausstellung in Graudenz.] Der Provinzial-Verein zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger will die Modelle eines für den Krankentransport eingerichteten Doppelhauses und des zugehörigen Schleppdampfers zur Ausstellung bringen. Zu der Sonder-Ausstellung für Molkereiprodukte haben sich bis jetzt zwölf westpreußische Molkereien angemeldet.

[Schwurgericht.] Unter der Anklage des wissenschaftlichen Meinedes betraf gestern der Altitzer Johann Sybzikowski aus Ruda die Anklageauf. Das der Anklage zu Grunde liegen. Das Schwurgericht war folgendes: Der Sohn des Angeklagten, Namens Alexander Sybzikowski, hatte sich s. B. mit der hiesigen Jagd verheiratet. Bald nach der Hochzeit erhielten die jungen Eheleute von ihrem Vater bzw. Schwiegereltern die Beiträge von 900 Mk. bzw. 300 Mk. ausgezahlt und stellten über diese Summen Schuldcheine aus. Alexander Sybzikowski starb und nunmehr zahlt der Angeklagte seine Forderungen an seinen Schwiegersohn Carl Biotrowski in Schwedt. Dieser klage die Forderungen gegen die Witwe des Alexander Sybzikowski, jetzt anderweitig verehelichte Fleischermeister Scienteinsti in Culm, ein, indem er sich über Hingabe der Darlehenforderungen auf das Zeugnis seines Schwiegerelterns, des Angeklagten, berief. Die jetzige Frau Scienteinsti erhob den Einwand, daß sie früherer Ehemann das Geld nicht als Darlehn, sondern als Mitgift von dem Angeklagten erhalten habe, und berief sich zum Erweisen ihrer Behauptung auf das Zeugnis mehrerer Personen, die dabei gegen gewesen seien, als Angeklagter ihr und ihrem verstorbenen Ehemann eine Mitgift von 3000 Mk. zu geben versprochen habe, wenn die Heirat zu Stande käme. In Anrechnung auf diese Mitgift, bez. 300 Mk. gezahlt, den Rest habe er später zu geben versprochen. Über diese Behauptungen wurde der Angeklagte vor dem Königlichen Amtsgerichte in Culm in dem Prozeß zwischen Biotrowski und der jetzt verehelichten Scienteinsti eidlich als Zeuge vernommen. Als solcher bekundete er, daß er sich nicht verpflichtet habe, seinem Sohne eine Mitgift von 3000 Mk. zu geben, weil er gegen die gleiche Verbindung seines Sohnes mit der jetzt verehelichten Scienteinsti gewesen sei. Er bekundete ferner, daß er die 900 bzw. 300 Mk. als Darlehen seinen Kindern vorgebracht habe. Dieses Zeugnis des Angeklagten soll unwahr und wesentlich falsch abgegeben sein. Angeklagter bestritt die Anklage.

— [Thorner Kredit-Gesellschaft G. Proewe u. Co.] In der gestrigen Generalversammlung gedachte der Vorsitzende, Herr Dauben, zuerst des großen Verlustes, den die Gesellschaft durch den im letzten Jahre erfolgten Tod des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Hübner, erlitten hatte, welcher mit großem Eifer und Sachkennnis die Interessen der Gesellschaft stets vertreten habe. Die Versammlung ehrt das Andenken durch Erheben von den Sitzen. Daraus erläuterte Herr Proewe den vorgelegten Jahresbericht, wonach das Aktienkapital unverändert 300 000 Mk. betrage und der Reservefonds sich auf 5721 Mk. erhöhe, und teilte mit, daß die Mitglieder des Aufsichtsrats einstimmig auf ihre Tantidreie zu Gunsten des Reservefonds verzichtet hätten. Der Bestand an Depositen betrage 295 528 Mk. und der Bestand an Wechseln 412 083 Mk., es seien im Jahre 1895 3046 Wechsel im Betrage von 2 980 781 Mk. angekauft worden und dafür 44 434 Mk. Diskonto vereinnahmt worden. Der Gewinn auf Inkasso-Konto betrug 554 Mk., auf Effekten-Konto, das am Jahresende einen Bestand von Mk. 31 380 hatte, 1591 Mk., auf Lombard-Konto seien 31 000 Mk. ausgeliehen und Gut Brandmühle habe einen Nutzen von 1768 Mk. gebracht, wogegen bei dem Grundstück der Dampfschneidemühle ein Verlust von 231 Mk. entstanden sei. Die Dampfschneidemühle stände noch mit 53 750 Mk. zu Buch, indessen seien die Wiesen aus Moker soeben für 2200 Mk. verkauft und es sei ein Ausblick, nächstens für 10 000 Mk. einige Morgen von dem großen Holzplatz zu verkaufen. In der Nessauer-Niederung habe der Staat zum Bau eines Damms 240 000 Mk. angemietet, so daß der Bau desselben in diesem Jahre unzweifelhaft erfolgen würde und dann das Grundstück Brandmühle sich leicht vorzeitig verkaufen ließe. Nach Abzug der Kosten bliebe ein Überschuss von 14 130 Mk. und würde eine Dividende von 4 $\frac{1}{2}$ % = 28 Mk. pro Aktie verteilt werden. Der Prozeß mit David Marcus Lewin sei im vorbereitenden Verfahren begriffen.

Philip Eikan Nachfolger

Inhaber **B. Cohn,**

Magazin für Galanterie-, Glas-, Porzellan- etc. Waaren.

Ich beabsichtige, mich aus **Gesundheitsrücksichten** vom Geschäfte zurückzuziehen und bringe deshalb mein

gesammtes, grossartiges Waaren-Lager

zum

Ausverkauf.

Die Bestände werden **zum** und **unter** dem Kostenpreise zum Verkauf gestellt.

Dem kaufenden Publicum wird hierdurch eine nicht wiederkehrende Gelegenheit zum Bezug modernster Waaren zu

geboten.

Fabrikationspreisen



Heute früh 5½ Uhr starb nach schwerem Leid mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater und Bruder, der Töpfermeister

Wilhelm Knaack
im 76. Lebensjahr.

Dieses zeigen, um stille Theilnahme bittend, tief betrübt an Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag um 4 Uhr vom Trauerhause nach dem Altstädtischen Kirchhofe statt.

Krieger- **Verein.**

Zur Beerdigung des verstorbenen Kameraden Knaack tritt der Verein Freitag, den 21. d. M., Nachmittags 3½ Uhr am Bromberger Thor an.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Ein zuverlässiger **Hilfsbote** kann sich sofort bei dem unterzeichneten Magistrat (im Bureau I, Rathaus 1 Treppe) melden.

Dauer der Beschäftigung voraussichtlich 4 Wochen.

Personen, welche bereits als Hilfsposten oder dergl. beschäftigt waren, erhalten den Vorzug.

Thorn, den 18. Februar 1896.

Der Magistrat.

Mein Grundstück

Th. Papau, 4 Morgen Land, 2 m. neu gebaute Häuser, ist von sofort oder später billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Zigarettenfabrik "Fortuna".

T. Lipcynski, Thorn.

Buchhalter.

Alteiner, sehr solider Buchhalter mit langjährigen vorzüglichen Zeugnissen, wünscht dauernde Vertrauensstellung im Comptoir per sofort oder 1. April gegen freie Station und kleine Entschädigung. Offerten unter G. in die Exp. dieser Zeit.

„Zum Pilsner.“

Hiermit zur gefl. Nachricht, dass ich mit heutigem Tage die

Wein- und Bierstuben

Baderstrasse 28, parterre

wieder übernommen habe und bitte, das mir früher in so reichem Maasse geschenkte Vertrauen wieder zuzuwenden.

Zum Ausschank gelangen:

Pilsener aus dem Bürgerlichen Bräuhaus in Pilsen,
sowie

Münchener Bürgerbräu.

Gleichzeitig empfiehle meine anerkannt **reinen**

Moselweine.

Es wird mein Bestreben sein, durch vorzügliche Küche zu allen **Tages- und Abendzeiten** den an ein **gutes Restaurant** gestellten Anforderungen zu entsprechen.

Mit dem höfl. Ersuchen mein Unternehmen durch regen Besuch unterstützen zu wollen, zeichne

Mit Hochachtung

J. Popiolkowski.

Höcherl'sches Salvatorbier

(Bock-Bier)

per Flasche 15 Pf., 25 Flaschen 3 Mr. empfiehlt

Plötz & Meyer.

Zum Besten des Lehrerinnen-

Unterstützungs-Vereins

Dienstag, den 25. d. Mts.,

Abends 8 Uhr

in der Aula des Gymnasiums:

Vorfrag

des Herrn Pfarrer Hanel:

„Skizzen aus Rom“.

Billets a 75 Pf. und Stehplätze

a 50 Pf. sind in der Buchhandlung von

E. F. Schwartz zu haben.

Helene Freytag. Lina Panckow.

Warda. Kittler. Nadzielski.

Handwerker-Verein.

Donnerstag, den 20. Februar 1896,

Abends 8 Uhr

im kleinen Saale des Schützenhauses:

Vortrag

des Herrn Regierungsbauamtmasters Cuny:

„Geschichte des St. Elisabeth-

Hospitals in Danzig.“

Der Vorstand.

Offizianten-Begräbniss-Verein.

Generalversammlung

Donnerstag, d. 20. d. M., Abds. 8½ Uhr

bei Herrn Nieolai.

Lageordnung: Jahresbericht von 1895.

Wahl der Rechnungsbewilligung und Vor-

standswahl.

Der Vorstand.

Freitag, den 6. März 1896:
Liederabend
von
Lillian Sanderson

unter Mitwirkung
des Pianisten Herrn Hans Brüning.
Bestellungen auf Eintrittskarten erbittet die Buchhandlung von Walter Lambeck.

III. Sinfonie-Concert

der Kapelle des Infanterie-Regiments von Borcke Nr. 21
findet am **25. Februar** statt.

PROGRAMM:

Sinfonie G-moll von
Hebriden (Fingals Höhle), Ouverture von
Violin-Concert von
Coriolan, Ouverture von
Coppelia, Suite von
Mozart, Mendelssohn, Sitt, Beethoven, Delibes.

Hiege, Stabshoboist.

Schützenhaus Thorn.

Boranzeige.

Einem hochgeehrten Publikum von Thorn und Umgegend zur gefälligen Nachricht, dass ich in den Räumen des Schützenhauses eine

Specialitäten-Bühne

errichten und dieselbe in den nächsten Tagen eröffnen werde. Es sind dazu Künstler allerersten Ranges engagiert, und bitte dieses Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Mit Hochachtung

F. Grunau.

Malz-Bier

in Flaschen empfiehlt

V. Tadrowski.

zum waschen und modernistren werden angenommen.

R. Laszynski, vorm. Geschw. Schweizer, Al. Mocer.

1 gut möblierte Wohnung zu vermieten.
Neukäst. Markt 20, I.

Hierzu eine Beilage.

Grosses Kappensfest,

wozu ergebenst einlade

G. Prost.

Druck der Buchdruckerei "Thorner Ostdeutsche Zeitung", Verleger: M. Schirmer in Thorn.